

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Herr Bürgermeister, liebe Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wie nicht anders zu erwarten, müssen auch im Haushalt 2026 Wünsche zurückgestellt werden.

Trotz schwieriger Zeiten wollen wir als CDU- Fraktion dennoch an für uns wichtigen Freiwilligkeitsleistungen festhalten. Dazu gehört z.B. unsere Bäder-Landschaft oder die Förderung von Kultur und Vereinen.

Vorrang haben natürlich unsere Pflichtaufgaben. Neben Kindergärten und Schulen, sind dies insbesondere Infrastruktur-Maßnahmen mit Hoch- und Tiefbau.

Es sei beispielhaft die Sanierung der Schwandorfschule-Diedelsheim genannt, die voraussichtlich den Haushalt die nächsten Jahre mit einem Gesamtvolumen von ca. 25 Mill. Euro belasten wird.

Gerade bei der wohl teuersten Einzelmaßnahme, die je in Bretten geplant wurde, gilt es Finanzierbarkeit und Gesamtverschuldung nicht aus dem Blick zu verlieren.

Vom ehemals Stuttgarter OB Manfred Rommel stammt folgendes Zitat:

*„Finanzpolitik ist der hartnäckig unternommene Versuch,
aus einer 1-Liter-Flasche 2 Liter auszuschenken.“*

Es war immer angestrebtes Ziel, durch gezielte Einflussnahme einen einigermaßen ausgeglichenen Haushalt, zumindest mit einer schwarzen Null vorzulegen.

Bei guter Konjunktur und starkem Sparwillen von Stadtrat und Verwaltung konnte bis 2019 die Verschuldung sogar kontinuierlich zurückgeführt werden.

Konnte 2024 bei einer Haushaltslücke von knapp 2,5 Mill. mit einer Erhöhung der Grundsteuer noch gegengesteuert werden, so entwickelt sich die Gesamtverschuldung im Jahr 2025 mit einem Defizit von ca. 10 Mill. und jetzt im Jahr 2026 mit über 8 Mill. so rasant, dass ein finanzielles Gegensteuern kaum noch möglich ist.

Da ist es nur ein schwacher Trost, dass die Verschuldung formal über die Ergebnismüßlage verrechnet werden kann, und durch Baumaßnahmen ein Sachvermögen gegenübersteht.

Ende 2026 wird der Gesamtschuldenstand voraussichtlich knapp 29 Mill. betragen. Wird die 2025 nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigung von 16 Mill. noch berücksichtigt, so summiert sich dies zusammen auf knapp 45 Millionen.

Die pro Kopf-Verschuldung steigt 2026 somit auf über 950 Euro. (mit Kreditermächtigung ca. 1.400 Euro). Mehr als doppelt so viel, als im direkten Vergleich zu dem niedrigsten Stand 2019 mit 440 Euro.

Diese Entwicklung gibt zu denken und ist insgesamt unbefriedigend. Es gilt, ein kritikloses Wachstum zu hinterfragen. Wir laufen Gefahr über unsere Verhältnisse zu leben, mit negativen Folgen für unseren Wohlstand und Lebensqualität.

Dabei steht Bretten im direkten Vergleich nicht einmal so schlecht da. Die Brettener Firmen haben gut gewirtschaftet, so dass sich unser Gewerbesteuer-Aufkommen von geplant ca. 25 Mill. auf erfreulicherweise ca. 50 Mill. quasi verdoppelt hat.

Die Freude darüber wärt jedoch nur kurz. Bedingt durch das Verteilungssystem bleibt durch angepasste Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) und Kreisumlagen im Jahr 2027 von dem ursprünglichen Millionensegen - neben kurzfristigen Zinserträgen - so gut wie nichts mehr übrig.

Aufgabenübertragung durch Bund und Land, sowie Bürokratie in der Umsetzung belasten die Kommunalen Haushalte enorm.

Städtetags-Präsident Burkhard Jung redet vom: *„Kollaps der Kommunen“*.

Der Präsident des Gemeindetages Baden-Württemberg, Steffen Jäger beschreibt die Städte als *„Herzkammer unserer Demokratie“* und sieht bildlich ein *„ungebremstes Zusteuern auf einen Infarkt“*.

Wir fordern deshalb die konsequente Umsetzung der Konnexität nach dem Prinzip: *„Wer bestellt, muss auch bezahlen“*. Bund und Land stehen in der Pflicht.

Die städtischen Personalkosten in Bretten erhöhen sich jährlich um jeweils ca. 1 Mill. Euro. Dieser Entwicklung muss entgegengesteuert werden.

Eine weitere Kosten- und Stellenausweitung gilt es unbedingt zu vermeiden.

Zusätzlich wird der Haushalt durch die ständige Erhöhung der Kreisumlage belastet. Auch hier werden stetig steigende Kosten an die Kommunen weitergereicht.

Es sind die Rahmenbedingungen, die nicht mehr zu stimmen scheinen. Als Beispiele seien genannt: Renten- und Sozialleistungen, verschärfte Bau-Auflagen, überhastetes Vorgehen bei Heizungsgesetz, Verbrenner-Aus und Atom-Ausstieg.

Es soll aber auch über den Tellerrand hinausgeschaut werden. Weltweite Handelskonflikte, Energie- und Klimakrise, Kriege und Migration führen zu wirtschaftlichen Verwerfungen und politischer Destabilisierung.

Hervorgehoben sei Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine, wo Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und die europäischen Grenzen in Frage gestellt werde.

Die umstrittenen Zoll- und Bündnis-Politik von Donald Trump definiert die Rolle der USA neu. Demokratische Regeln werden durch Egoismus und Willkür ersetzt.

China ist seine Rolle als Rohstofflieferant und Billigproduzent nicht mehr genug. Als führende Wirtschafts- und Militärmacht lässt es die Welt ihre Abhängigkeit spüren.

Wir können uns in unserer idyllischen Kleinstadtperle dem Weltgeschehen nicht entziehen und werden uns den Herausforderungen stellen müssen.

Bei zunehmend verschärftem Wettbewerb verlagern viele namhafte Firmen ins Ausland, oder müssen ganz aufgeben.

Ein schwerer Schlag ist die für 2028 geplante NEFF-Schließung am Standort Bretten. Ein Traditions-Unternehmen soll trotz schwarzen Zahlen und hochmodernen Produktionsstätten geschlossen werden.

Nicht nur ca. 1000 Angestellte sind direkt betroffen, sondern die gesamte Region.

Verunsicherung und sozialer Unfrieden sind bereits jetzt in der Gesellschaft zu spüren. Der gewohnte Wohlstand wird langfristig wohl nicht zu halten sein.

Es bleibt zu hoffen, dass Bund und Land ihrer Verantwortung nachkommen und die Kommunen finanziell so ausstatten, dass sie ihren Pflichten gerecht werden können.

Ein erster Ansatz sind die in Aussicht gestellten Mittelzuweisungen aus dem Bundesgesetz zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen (LuKIFG).

Daraus sind für Bretten für die nächsten 12 Jahre Mittel in Höhe von 18,6 Mill. Euro vorgesehen.

Berücksichtigt man, dass für 2030 eine Verschuldung von insgesamt ca. 90 Mill. prognostiziert wird, so ist dies aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Ich komme zum Schluss mit dem ausdrücklichen Dank an unsere Kämmerei für die hervorragende und anschauliche Aufarbeitung des vorliegenden Zahlenwerks.

Zusammenfassen möchte ich mit der Erkenntnis, dass es kein unendliches Wachstum geben kann, weder hier in Bretten, noch sonst auf der Welt, und dass man aus einer 1-Liter-Flasche nun mal keine 2 Liter ausschenken kann.

Wir können und müssen uns nicht in Grund und Boden sparen, aber lassen Sie uns geplante Projekte mit Bedacht angehen und die damit verbundenen Folgekosten nicht aus dem Blick verlieren.

Bei den laufenden Ausgaben ist unbedingt darauf zu achten, dass diese auch in einkommensschwachen Zeiten erwirtschaftet werden können.

Schließen möchte ich mit einem Zitat des griechischen Staatsmanns Perikles:

„Es ist nicht unsere Aufgabe, die Zukunft vorherzusagen, sondern gut auf sie vorbereitet zu sein.“

In diesem Sinne lassen Sie uns zuversichtlich in die Zukunft blicken.

Die CDU-Fraktion kann dem eingebrachten Haushaltsentwurf und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs zur Abwasserbeseitigung (EAB) zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit